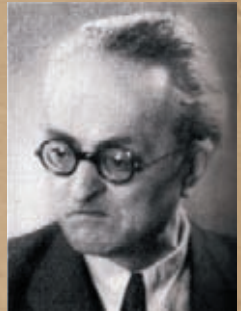


60 Jahre

Landtag Nordrhein-Westfalen

Das vergessene braune Erbe



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen



60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen
Das vergessene braune Erbe

Autor

Dr. Michael C. Klepsch

Herausgeber

Fraktion DIE LINKE im
Landtag Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur unveränderten Neuauflage	5
Nahtloser Übergang in neue Führungspositionen – Alte Nazis in den nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen von CDU und FDP	
Einleitung	8
Zur NS-Vergangenheit nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter in der Nachkriegszeit	10
<i>I. Resultate</i>	10
Hintergründe	
<i>II. Die NRW-FDP als Sammelbecken von Altnazis nach 1945</i>	12
<i>III. Nahtloser Übergang von Braun zu Schwarz – zur NRW-CDU</i>	14
<i>IV. Naziunterwanderung der FDP</i>	15
Zusammenfassung: Die braunen CDU-FDP-Netzwerke	17
Fußnoten	20
Bibliografie	21
Archivbestände	21
Anhänge	
NSDAP-Mitgliedschaften	24
Dokumentarische Anhänge	27
Dokumentation des Diskurses zu dieser Publikation	32

Vorwort zur unveränderten Neuauflage

»Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen«. Auch wenn die Aussage des amerikanischen Philosophen George Santayana in einem hohen Maße die Bewältigung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik in den Jahren nach 1968 prägte, ist es von der geschichtsphilosophischen Erkenntnis bis zur kritischen Selbsterkenntnis doch mitunter ein recht weiter Weg. Die Reaktionen auf unsere 2009 vorgelegte Untersuchung zeugen davon. Während die ansonsten um Polemik gegenüber der LINKEN nicht verlegene nordrhein-westfälische FDP zu keinerlei Stellungnahme bereit war und auch heute noch lebende Betroffene sich zu den dokumentierten Beweisen ihrer Verstrickung mit dem Nationalsozialismus eisern in Schweigen hüllten, zogen es CDU und SPD in der parlamentarischer Auseinandersetzung vor zu behaupten, dass sich der Landtag seit jeher mit der NS-Vergangenheit zur Genüge auseinandergesetzt habe und ungeachtet unvollständiger und fehlerhafter Angaben im biografischen Handbuch kein weiterer Aufklärungsbedarf bestehe. Dessen ungeachtet erklärte der Altliberale Gerhard Baum unumwunden mit ehrlichem Bedauern, dass die Geschichte der Unterwanderung seiner Partei nach Kriegsende durch weiterhin aktive Nazigrößen niemals wirklich aufgearbeitet worden sei. Mein im Anhang dokumentierter Antrag auf Einsetzung einer historischen Kommission durch den Landtag wurde demnach mit fraktionsübergreifender Einigkeit abgewiesen. Gleichwohl war mit der vorliegenden Publikation ein Stein ins Wasser geworfen, der unweigerlich seine Kreise zu ziehen begann.

Die 2000 Exemplare der ersten Auflage waren in kürzester Zeit vergriffen. Berichte in der Presse nahmen sich zunehmend der Thematik an. Von der BILD-Zeitung über die Frankfurter Rundschau bis zum Neuen Deutschland reichte die Presseberichterstattung über die vergangenheitspolitische Verweigerung der im Düsseldorfer Landtag etablierten Parteien. Nachdem im Mai 2010 DIE LINKE erstmals in Fraktionsstärke in den Düsseldorfer Landtag einzog, wurde mein Antrag im Kern unverändert erneut eingebracht. Diesmal war der öffentliche Druck so groß, dass sich die Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien einer Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit nicht entziehen konnte. Die Ergebnisse der historischen Untersuchung werden zukünftig frei zugänglich im Internet veröffentlicht, sodass jede/r Interessierte sie verfolgen kann. Aufgrund der weiterhin anhaltend großen Nachfrage nach dem »Vergessenen braunen Erbe« haben wir uns bis dahin entschlossen, eine unveränderte Neuauflage unserer Studie herauszugeben, die einzig durch die seitdem erschienen Dokumente und Artikel ergänzt wurde.



Rüdiger Sagel

Münster im März 2011

Dr. Michael C. Klepsch

**Nahtloser Übergang in neue
Führungspositionen – Alte Nazis in den
nordrhein-westfälischen
Landtagsfraktionen von CDU und FDP**

Einleitung

Der demokratische Neuaufbau der Bundesrepublik Deutschland nach Ende der NS-Diktatur ist ein weit verbreiteter Mythos, der allgemein unter dem Begriff der »Stunde Null« bekannt ist. Viel ist über den angeblich kompletten Neuanfang aus den Trümmern des Dritten Reiches gesagt worden. Bei näherer Betrachtung aber erstaunt, dass die Zusammensetzung der bundesdeutschen Länderparlamente in der Nachkriegszeit niemals näher beleuchtet worden ist. Nahezu alle bis heute dazu vorliegenden Informationen beruhen ausschließlich auf den persönlichen Angaben der Abgeordneten, die in den biografischen Handbüchern der Landtage veröffentlicht sind.

Eine unabhängige systematische Verifizierung anhand der aus dem Dritten Reich überlieferten Akten, wie der Mitgliederkartei der NSDAP, ist bis heute nicht erfolgt. Auch in NRW wurde im Jahr 2006, herausgegeben von der Präsidentin des Landtags NRW, nur aufgrund der persönlichen Angaben aller Abgeordneten seit 1948 das Buch »60 Jahre Landtag NRW« veröffentlicht. Aufgrund der bei den Abgeordneten weitgehend fehlenden Hinweise auf eine nationalsozialistische Vergangenheit hat sich mir die Frage gestellt, ob dies tatsächlich so ist, und die Angaben der Wahrheit entsprechen. Zudem ist fraglich und steht der Beleg aus, ob die von den Alliierten nach 1945 angestrebte Demokratisierung Deutschlands denn auch bei den politischen Eliten der Bundesrepublik tatsächlich einen nachhaltigen Erfolg hatte. Oder anders gesagt: Gab es wirklich einen klaren Einschnitt gegenüber der NS-Zeit wie im Begriff der »Stunde Null« suggeriert? Gelang es nach 1945 auch personell dauerhaft, ehemalige Nazis von Mandaten und Führungspositionen wirksam fernzuhalten?

In den Handbüchern aller westdeutschen Landtage finden sich für die Zeit zwischen 1933 und 1945 zumeist keine oder – wenn überhaupt dann nur sehr spärliche – Hinweise: So wird etwa in den biografischen Handbüchern des rheinland-pfälzischen und niedersächsischen Landtages keine einzige NSDAP-Mitgliedschaft eines Abgeordneten ausgewiesen. Nicht anders auch in dem 2006 veröffentlichten Buch des nordrhein-westfälischen Landtages, in dem sich nur sehr vereinzelt entsprechende Hinweise finden. Angaben beispielsweise zu einer Mitgliedschaft in der NSDAP, der SA, SS oder eine Betätigung als NS-Funktionär finden sich, mit Ausnahme eines einzigen CDU-Abgeordneten, der später aus der NSDAP ausgeschlossen wurde und in Gestapohaft kam, überhaupt nicht. Lässt sich daraus schon verlässlich schließen, dass es nach 1945 erfolgreich gelang, ehemalige Nazis von politischen Führungspositionen in der Bundesrepublik fernzuhalten?

Insbesondere die CDU – von Jakob Kaisers Zeiten bis heute – beruft sich immer wieder auf das Erbe des Widerstandes. Ehemalige Nazis hingegen sollten nur bedingt in die CDU aufgenommen werden, zumindest aber im politischen Leben keine führende Rolle mehr spielen. Die rheinland-pfälzischen Christdemokraten gingen noch weiter. Sie wollten das aktive Wahlrecht nur an diejenigen vergeben, die nie in der NSDAP oder ihren Gliederungen waren. Um aber wenigstens zu verhindern, dass Verfolgte des Hitlerregimes mit Altnazis in einer Partei zusammentreffen, forderten auch ihre westfälischen Parteifreunde: »Frühere Mitglieder der NSDAP sollen nicht in der Führung unserer Partei vertreten sein.«¹

Für mich war dies, ebenso wie auch in Landtagsdebatten geäußerten Aufforderungen die eigene Parteigeschichte aufzuarbeiten, Anlass genauer zu untersuchen, wieweit insbesondere die bürgerlichen Parteien mit ihrer geschichtlichen Aufarbeitung sind. Dies auch vor dem Hintergrund, dass 2008 eine historische Untersuchung der niedersächsischen Fraktion DIE LINKE im Landtag in Hannover in Auftrag gegeben wurde. Sie brachte ans Licht, dass sich in der Nachkriegszeit in Niedersachsen unter den Abgeordneten von CDU, FDP und DP des Landtages in mindestens 71 Fällen alte Nazis befanden.² Darunter waren in 12 Fällen Abgeordnete, die als sogenannte »alte Kämpfer« der NSDAP sich Hitler schon geraume Zeit vor 1933 angeschlossen hatten.³ Das Ergebnis dieser Untersuchung hat im Landtag in Niedersachsen dazu geführt, die eigene Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. In NRW ist man offensichtlich dem möglichen braunen Erbe bei den Abgeordneten bisher nicht nachgegangen. Auch in anderen Bundesländern gibt es noch immer nicht die Bereitschaft, sich mit dem braunen Erbe des Faschismus zu befassen.

Das hier vorgelegte Ergebnis soll als weitergehende Anregung verstanden werden, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, blinde Flecken im historischen Selbstverständnis zu beseitigen, und nicht zuletzt auch heutigen fremdenfeindlichen wie neofaschistischen Aktivitäten bereits im Ansatz entschieden entgegenzutreten.

Zur NS-Vergangenheit nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter in der Nachkriegszeit

I. Resultate

Ausgangsbasis der hier vorliegenden Untersuchung waren Angaben im biografischen Handbuch des Landtages. Es wurden alle CDU-, Zentrums- und FDP-Abgeordnete erfasst, die bei Kriegsende im Mai 1945 mindestens 18 Jahre alt waren. Die Gesamtzahl der überprüften Personen lag bei 482. Zur Überprüfung wurden Akten aus dem ehemaligen Document Center in Berlin (heutiges Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde) sowie die Entnazifizierungsakten im Staatsarchiv in Düsseldorf herangezogen. Unter den im Handbuch des Landtages veröffentlichten Selbstauskünften befinden sich nur zwei Abgeordnete, die ihre Mitgliedschaft in der NSDAP einräumen.

Tatsächlich aber, so ergaben die Nachforschungen, sind es nicht weniger als 41 Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages, die Mitglied in der NSDAP (oder von nahen NS-Organisationen wie der SA und SS) waren. Hierbei ist zu beachten, dass es sich um Mindestangaben handelt, die aufgrund der Verluste an zentralen Aktenbeständen sich um etwa 20 Prozent erhöhen würden, da die Mitgliederkartei der NSDAP nach dem Krieg nur zu etwa 80 Prozent erhalten geblieben ist.

Dass die Betroffenen keineswegs einem »politischen Jugendirrtum« erlagen, zeigt das Durchschnittsalter von 24 Jahren zum Zeitpunkt des Eintritts in die NS-Bewegung. Nach späterer Parteizugehörigkeit differenziert liegt es unter den FDP-Mitgliedern im Landtag bei 23,8 Jahren, während es bei den späteren CDU-Mitgliedern sogar 24,4 Jahre beträgt. Darunter befanden sich drei »alte Kämpfer«, die bereits vor 1933 der NSDAP beitraten. Nach 1945 traten von diesen zwei in die FDP und einer in die CDU ein. Auch unter den als NS-Funktionären bis 1945 tätigen findet sich ein auffallend hoher Anteil späterer FDP-Politiker. Drei vertraten nach Kriegsende im Düsseldorfer Landtag die FDP, einer die CDU.⁴ Der Anteil von Akademikern ist mit 63 Prozent überdurchschnittlich hoch.

Weiterhin ließen sich unter den untersuchten Landtagsabgeordneten neun SS-Angehörige ermitteln. Fünf davon fanden eine neue politische Heimat in der CDU. Sämtliche SS-Angehörige in den Reihen der CDU traten bereits vor Kriegsbeginn der SS bei, darunter drei sogleich 1933.⁵ In zwei Fällen bestand eine Mitgliedschaft in der Waffen-SS. Unter den späteren FDP-Abgeordneten ließen sich ebenfalls insgesamt vier ehemalige SS-Leute ermitteln, von denen bemerkenswerterweise drei entweder als Minister oder Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag herausgehobene Führungspositionen innehatten. In einem Fall, dem des späteren FDP-Abgeordneten Heinz Lange, ist gar die Beteiligung an dem im Juni 1944 begangenen Kriegsverbrechen im französischen Oradur nicht auszuschließen, da Lange seit 1936 der daran beteiligten SS Division »Das Reich« angehörte. Aufgrund fehlender Informationen zu seinem Aufenthaltsort zum Zeitpunkt des Massakers in Oradur wären weitere Ermittlungen in dieser Frage notwendig. In einem weiteren Fall lässt sich

eine Mitgliedschaft beim Militärgericht der Waffen-SS im Dienstrang eines Hauptsturmbannführers belegen.⁶

Hier die Ergebnisse der Untersuchung im Überblick:

- Es wurden 75 FDP-Abgeordnete überprüft: Davon waren 16 FDP-Mitglieder belastet (darunter nicht weniger als 6 Fraktionsvorsitzende). Dies entspricht einem Prozentsatz von 21,3 %. Der Altersdurchschnitt beim Eintritt in die NSDAP liegt bei 23,8 Jahren.
- Weiterhin wurden 376 CDU-Abgeordnete überprüft: Davon waren 25 CDU-Mitglieder belastet (darunter 2 Fraktionsvorsitzende). Dies entspricht einem Prozentsatz von 6,6 %. Der Altersdurchschnitt zum Zeitpunkt des Eintritts in die NSDAP liegt bei 24,4 Jahren.
- Unter den Belasteten befanden sich 3 »alte Kämpfer« (d.h. Mitgliedschaft in der Zeit vor dem 30. Januar 1933): Gerhard Holz (CDU), Alfred Rieger (FDP), Siegfried Zoglmann (FDP).
- Hauptberufliche NS-Funktionäre: 3 spätere FDP-Politiker (Möller, Rieger, Zoglmann), 1 späterer CDU-Abgeordneter (Stuckel).
- SS-Mitglieder: 4 spätere FDP-Politiker (Kohlhase, Lange, Wilde, Zoglmann), 5 CDU-Abgeordnete (Dufhues, Fürstenberg, Kaufhold, Ostmeyer, Schramkrug), 1 SPD-Vertreter.
- NS-Mitgliedschaft vor Kriegsbeginn: 16 spätere CDU-Politiker, 4 spätere FDP-Politiker.
- NS-Mitgliedschaft nach Kriegsbeginn: 4 spätere CDU-Politiker, 2 FDP-Politiker. Soziale Zusammensetzung: Sehr hoher Anteil von Akademikern (63 Prozent).

Hintergründe

II. Die NRW-FDP als Sammelbecken von Altnazis nach 1945

Als nach der Landtagswahl 1950 Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und FDP anstanden, lehnte der christdemokratische Ministerpräsident Karl Arnold ein Regierungsbündnis mit den Liberalen ab. Als »Inbegriff der liberal-kapitalistischen und nationalistischen Kräftegruppierung des deutschen Volkes« stand Arnold der FDP distanziert gegenüber.⁷ Grund für diese Einschätzung gab der programmatische Rechtskurs der nordrhein-westfälischen FDP, die selbst vor einer Zusammenarbeit mit Vertretern der nationalen Rechten nicht zurückschreckte, von denen 1950 mehrere über die FDP-Landesliste in den Landtag einzogen.

Wie wir heute mit Sicherheit wissen, war die Einschätzung Karl Arnolds, vor der FDP als einem Sammelbecken von Altnazis zu warnen, auch aus Gründen der personellen Kontinuität berechtigt. So ergab die Recherche, dass mehr als jeder fünfte FDP-Abgeordnete im Landtag vor 1945 in der NSDAP (oder in der SS) aktiv gewesen ist. Selbst nach dem Krieg bildeten sich unter einstigen und weiterhin überzeugten Nazis Gruppierungen, die sich in der FDP in Nordrhein-Westfalen konzentrierten. Seilschaften ehemaliger Nationalsozialisten erreichten auch die Führungsspitze der FDP-Fraktion. So wechselten sich in den Jahren zwischen 1955 und 1975 nicht weniger als sechs ehemalige Nationalsozialisten im Amt des Vorsitzenden (oder seines Stellvertreters) der FDP-Fraktion im Landtag ab.⁸ Darunter befanden sich drei einstige SS-Männer.⁹

Die Belastung der FDP in NRW durch Altnazis war nicht nur ein Problem älterer Jahrgänge. Selbst junge Abgeordnete wie Willi Weyer, der im Alter von gerade einmal 33 Jahren 1950 in den Düsseldorfer Landtag einzog, waren im Dritten Reich Mitglied der NSDAP gewesen. Entgegen der landläufigen Einschätzung, dass der spätere Fraktionsvorsitzende und mehrfache Minister der Liberalen durch seinen Vater, ein langjähriges DDP-Mitglied und Mitbegründer der FDP, »schon früh mit liberalem Gedankengut in Berührung gekommen«¹⁰ sei, lässt sich heute zweifellos feststellen, dass Weyer offenkundig noch früher mit faschistischem Gedankengut in Berührung geraten sein muss. Wie anders ließe sich sonst Weyers Eintritt in die NSDAP gleich zu Beginn seiner Studienzeit im Mai 1937 erklären (dies in einem politisch gewiss nicht mehr so naiven Alter von 20 Jahren)? Sein aktives Bekenntnis zum Nationalsozialismus dürfte es Weyer in den Jahren 1941/42 sicherlich erleichtert haben, eine Anstellung als Assistent in der von Hans Frank begründeten und persönlich geleiteten nationalsozialistischen Akademie für Deutsches Recht in Berlin zu erhalten. Eine allein hinreichende Erklärung für seine NS-Mitgliedschaft freilich bietet diese Anstellung nicht. Im Übrigen behielt Willi Weyer sein NSDAP-Parteibuch bis zum bitteren Ende 1945 bei.¹¹ Zur vornehmlichen Aufgabe der Akademie für Deutsches Recht gehörte die Angleichung des aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik übernommenen Rechtssystems an die rassistische NS-Ideologie. Dies geschah vor allem mit der Ausarbeitung eines sogenannten »Volksgesetzbuchs«, mit dessen Hilfe etwa die in den Nürnberger Gesetzen bereits vorbereitete Entrechtung der Juden in Deutschland ihren vollständigen Abschluss finden sollte.¹²

Dass es ehemalige Nazis nach dem Krieg vor allem in die nordrhein-westfälische FDP verschlug, hatte nichts mit zufälligen Gegebenheiten zu tun. Vielmehr boten führende Vertreter der Liberalen bereitwillig Altnazis in ihrem Landesverband ein neues politisches Zuhause. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln setzte sich die FDP zudem für eine Rehabilitierung von NS-Kriegsverbrechern ein. Welchen Erfolg diese Bemühungen hatten, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern vor deutschen Gerichten über lange Zeit erfolgreich verhindert wurde.

Eine besonders unrühmliche Rolle bei diesen Aktivitäten spielte neben dem FDP-Landesvorsitzenden Mittelhaue sein Fraktionskollege im Düsseldorfer Landtag Ernst Achenbach. Als Anwalt hatte sich Achenbach auf die Verteidigung von Nationalsozialisten wie Werner Best spezialisiert, einst rechte Hand von SS-Chef Heinrich Himmler und dessen engem Mitarbeiter, dem Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Reinhard Heydrich. An führender Stelle mitbeteiligt am Aufbau des RSHA hatte der SS-Obergruppenführer Dr. Best die Mordaktionen von Einsatzgruppen in Polen koordiniert. Weiterhin gehörte Werner Best zu den führenden Ideengebern und Organisatoren des Holocausts. Nach dem Krieg in Dänemark zum Tode verurteilt, kam er auf Betreiben des FDP dominierten Auswärtigen Amtes, in dem sich nach dem Krieg mehr Nazis befanden als in der NS-Zeit, frei und konnte sich unbehelligt von der westdeutschen Justiz in der Bundesrepublik niederlassen.

Als Rechtsberater des FDP-Landesverbands organisierte der promovierte Jurist im Schulterschluss mit dem NRW Landesverband der FDP eine Amnestiekampagne »zur Liquidation der politischen Strafsachen einer abgeschlossenen Epoche«. Von den Büroräumen der Anwaltskanzlei Achenbach in Essen kämpfte er gegen die »Siegerjustiz«, forderte die Wiedereinstellung von Gestapo-Beamten in den öffentlichen Dienst und organisierte weitgehende »Kameradenhilfe« für SS-Offiziere, die neue Seilschaften knüpften. Später wurde der furchtbare Jurist Best Direktor bei Stinnes. Als die Berliner Entnazifizierungskammer gegen ihn ein »Sühnegeld« von 70.000 Mark verhängte und Best nicht zahlte, verweigerte das von der FDP geführte Düsseldorfer Finanzministerium jegliche Amtshilfe.

Gerade im Fall Best lassen sich die Strukturen alter Seilschaften recht genau verfolgen. So ist es sehr wahrscheinlich, dass Werner Best in seiner Funktion als Vorsitzender des Polizeirechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht bereits vor dem Krieg dem jungen Juristen und Parteigenossen Willi Weyer begegnet ist. Die Bekanntschaft zwischen Werner Best und Ernst Achenbach, der über exklusive Kontakte zur Wirtschaft verfügte und im Dritten Reich Geschäftsführer der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft war¹³, rührte jedoch mit Sicherheit spätestens seit der Kriegszeit her. So war Achenbach – seit 1937 selbst Mitglied der NSDAP – bis 1944 als Leiter der Politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Paris mit der Ingangsetzung der Deportationen französischer Juden in die Vernichtungslager des Ostens betraut. Sein Gegenüber im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers Frankreich war jener Werner Best, der diesen Stab leitete. Gemeinsam arbeiteten beide bis Juni 1942 eng an der Umsetzung der »Endlösung« in Frankreich zusammen.

Nach dem Krieg setzte sich Achenbach nicht nur für seinen alten Mitstreiter ein; in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen vertrat er überdies zahlreiche Industrielle und Nazi-Diplomaten, so beispielsweise im IG-Farben- und im Wilhelmstraßenprozess. Vermutlich im Zusammenhang mit seiner eigenen Vergangenheit, insbesondere seiner Beteiligung am Holocaust, musste Achenbach im weiteren Prozessverlauf sein Mandat niederlegen. Dessen ungeachtet wurde er innerhalb weniger Monate mit seiner in Essen ansässigen Kanzlei, wie 1953 DIE ZEIT schrieb, zum »Modeanwalt der Ruhrmetropole und paukte die einstigen Verantwortlichen der Industrie vor den Entnazifizierungsausschüssen durch.«¹⁴

III. Nahtloser Übergang von Braun zu Schwarz – zur NRW-CDU

Die Forderung der FDP nach einer Generalamnestie gegenüber Kriegsverbrechern wurde auch aus den Reihen der nordrhein-westfälischen Christdemokraten unterstützt. Von Ernst Achenbach und Werner Best war im Oktober 1951 ein »Vorbereitender Ausschuss zur Herbeiführung der Generalamnestie« aller Nazikriegsverbrecher ins Leben gerufen worden. Diesem Ausschuss gehörten neben FDP-Politikern auch der CDU nahestehende Kirchenvertreter, Unternehmer sowie der CDU-Mitbegründer und Bundesvorsitzende der Jungen Union Hermann Josef Dufhues an, seit 1946 Mitglied des Landtages in Düsseldorf.¹⁵ Als ehemaliger SS-Mann war Dufhues in dieser Angelegenheit nicht ganz unbefangenen. Zudem dürfte ihm die Forderung gelegen kommen sein, da sie neben seiner eigenen auch die problematische Mitgliedschaft weiterer SS-Angehöriger in den Reihen der CDU-Fraktion entschärft hätte. In der Tat hatten sich neben Dufhues – seit November 1933 Mitglied im 4. SS-Reitersturm¹⁶ – noch vier weitere zukünftige CDU-Abgeordnete Himmlers fanatischer Weltanschauungstruppe angeschlossen. Nicht zuletzt aus diesem Umstand dürfte sich das Engagement des späteren Innenministers und Präsidenten des Landtages für eine Generalamnestie verstehen. Zwar hatte Dufhues nicht auch noch das Parteibuch der NSDAP angenommen. Ein nahtloser Übergang von der NSDAP zur CDU lässt sich aber in einem anderen prominenten Fall aufzeigen: Dem von Paul Mikat.

Im Alter von 19 Jahren, ein Jahr nach seinem Abitur, gab Mikat am 11.6.1943 seiner damaligen politischen Überzeugung demonstrativen Ausdruck, als er seine Mitgliedschaft in die Partei Adolf Hitlers erklärte. Paul Mikat erhielt die Parteinummer 9596776¹⁷. Wie die Unterlagen aus dem Bestand des ehemaligen Berliner Document Centers weiter ergeben, behielt er das braune Parteibuch bis Kriegsende bei. 1945 trat Mikat dann nahtlos in die CDU über, für die er später in Nordrhein-Westfalen – zweifellos mit einigen Verdiensten – das Amt des Kultusministers ausübte. Neben Mikat und Josef Hermann Dufhues, die vielleicht prominentesten CDU-Politiker mit NS-Vergangenheit, kam es bei weiteren fünf CDU-Abgeordneten nach 1945 zu einem unmittelbaren Übergang vom einen zum anderen politischen Pol. Dies ging jedoch in keinem Fall so weit wie bei der FDP in Nordrhein-Westfalen, wo die Bemühungen einstiger NS-Eliten nach einer Rückkehr in die Politik Anfang der fünfziger Jahre kurz vor dem Durchbruch standen.

IV. Naziunterwanderung der FDP

»Middlehauve, der mit seinem Landesverband seit langem eigene Wege geht, hat eine Reihe ehemals prominenter Nationalsozialisten um sich versammelt«, raunte DIE WELT Anfang Oktober 1952. Ein Mann wie der bekannte NS-Rundfunkjournalist Hans Fritzsche sowie der einstige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium Werner Naumann, der zuvor schon mit anderen geheimbündlerisch agierenden Verbindungen ehemaliger Nationalsozialisten in Kontakt getreten war, gehörten ebenso dazu wie Seilschaften um die früheren Düsseldorfer und Hamburger NS-Gauleiter. Naumann, der als einer der letzten Getreuen Hitlers im Berliner Bunker der Reichskanzlei ausgeharrt hatte und aufgrund dessen in Hitlers Testament zum Nachfolger von Joseph Goebbels als Reichspropagandaminister benannt wurde, machte keinen Hehl daraus, dass er und seine Kameraden sich weiterhin als überzeugte Nationalsozialisten verstanden. Um sie ins politische Leben zurückzuholen, boten in der nordrhein-westfälischen FDP einstige Kameraden wie Ernst Achenbach und Mittelsmänner wie Friedrich Middelhaue ihre Hilfe an. Was oberflächlich in der Öffentlichkeit als eine sich anbahnende Auseinandersetzung zwischen einem demokratisch-liberalen Flügel der Partei in Bonn und den Befürwortern eines scharfen Rechtskurses innerhalb des Landesverbandes interpretiert wurde, war weitaus mehr: Es war der weitestgehende Versuch von Nationalsozialisten nach 1945, in der Bundesrepublik erneut an die Macht zu gelangen.

Die von Achenbach ausgegebene Strategie einer Unterwanderung des FDP-Landesverbandes stieß anfänglich bei Naumann und seinen Gefolgsleuten auf Skepsis: »Ob man eine liberale Partei am Ende in eine NS-Kampfgruppe umwandeln kann, möchte ich bezweifeln«, äußerte sich Naumann im November 1952 im Kreise seiner alten Kameraden. »Wir müssen es aber auf einen Versuch ankommen lassen. Gäbe es keine FDP, müsste sie noch heute gegründet werden ... «¹⁸ Dessen ungeachtet bemühte sich Achenbach, den Weg frei zu machen: Für ein Volk in dieser Lage, so erläuterte er bei einer Zusammenkunft mit dem einstigen Hitler-Vertrauten Werner Naumann, »ohne nationale Souveränität, vom Hohen Kommissaren regiert«, sei Adenauer »derzeit nicht die schlechteste Lösung«. Mit dieser Aussage, die Naumann in seinem Tagebuch festhielt, traf er auf die volle Zustimmung Naumanns. »Um den Nationalsozialisten unter diesen Umständen trotzdem einen Einfluss auf das politische Geschehen zu ermöglichen«, so äußerte sich Ernst Achenbach weiter, »sollten sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen. An Einzelbeispielen erläuterte er, wie leicht dies zu machen wäre. Mit nur 200 Mitgliedern können wir den ganzen Landesvorstand erben.«¹⁹ In diesem Fall, so schwebte Achenbach vor, sollte Werner Naumann neuer Generalsekretär der Partei werden.

Dass der FDP-Landesverband in Nordrhein-Westfalen von seiner Mitgliederstärke tatsächlich leicht zu übernehmen war, stand außer Frage. Die geschätzten 200 neuen Mitglieder standen bereit. Teilweise befanden sie sich schon in strategisch günstigen Ausgangspositionen im FDP-Landesverband, so der ehemalige SS-Brigadeführer und Leiter einer Einsatzgruppe Franz Alfred Six, neben Best ein weiterer Mitarbeiter im Anwaltsbüro Ernst Achenbach. Hinzu kam Wolfgang Diewerge, im Dritten Reich einer der engsten Mitarbeiter Goebbels, nach dem Krieg persönlicher Referent des nordrhein-westfälischen FDP-

Landesvorsitzenden Friedrich Middlehauve. Doch die geplante Rückkehr in die Politik scheiterte schließlich an der Wachsamkeit des britischen Geheimdienstes. In der Nacht zum 15. Januar 1953 wurden Naumann und sechs weitere Personen aus dem Umfeld Achenbachs in Düsseldorf, Hamburg und Solingen verhaftet. Erst das resolute Eingreifen der Besatzungsmacht vereitelte die von der nordrhein-westfälischen FDP eingefädelt Nazi-Unterwanderung des eigenen Landesverbandes.

Zusammenfassung: Die braunen CDU-FDP-Netzwerke

Die Legende der »Stunde Null« hat lange Zeit das politische Selbstverständnis in der Bundesrepublik geprägt. Insbesondere die CDU nahm für sich immer wieder das Erbe des bürgerlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus in Anspruch. Auch wenn es durchaus Verfolgte des NS-Regimes und Angehörige des Widerstands gegen Hitler in den bürgerlichen Parteien gab, die prägenden Einfluss auf die Demokratie in der Bundesrepublik nahmen, wurde das Bild der »Stunde Null« schon in den frühen fünfziger Jahren brüchig, als die Nazi-Vergangenheit eines der wichtigsten Bonner Regierungsbeamten, Hans Globke, die rechte Hand Konrad Adenauers, bekannt wurde. Als Verwaltungsjurist hatte Globke im Dritten Reich die Grundlagen zur Judenverfolgung, vor allem als Kommentator der Nürnberger Rassengesetze und der »Germanisierung« der eroberten Ostgebiete bereitet. Damit nicht genug, spielte der oberste Beamte der Bundesrepublik eine unruhliche Rolle bei der Renazifizierung der westdeutschen Verwaltung, indem er Netzwerke zu ehemaligen NSDAP-Funktionären und Parteimitgliedern aufbaute und diese nach und nach erneut in Amt und Würden brachte.

Die Existenz von ebensolchen braunen Netzwerken innerhalb der FDP und CDU im nordrhein-westfälischen Landtag hat auch die vorliegende Untersuchung erbracht. Der erschreckend hohe Anteil ehemaliger NSDAP-Parteimitglieder, von einstigen aber auch nach 1945 immer noch aktiven Nazis und SS-Angehörigen sowie die Aufnahme ehemaliger Nazis in die Landesregierung lässt den Anspruch auf eine »Stunde Null« nicht glaubwürdig zu. Weder kam es personell zu einem vollständigen Bruch mit dem NS-Regime, noch gelang es zu verhindern, dass Nationalsozialisten in der Bundesrepublik wieder in Führungspositionen im politischen Leben aufsteigen konnten. Wie die Untersuchung zeigt, scheint dafür im nötigen Maße sowohl innerhalb der FDP als auch in Reihen der CDU der politische Wille gefehlt zu haben.

»Die Hauptsache ist, den Kontakt zueinander nicht zu verlieren und die Parteien bloß als ein Mittel zum Zweck anzusehen. Es wäre am besten, wenn wir unsere Leute in allen Parteien hätten, was teilweise sowieso der Fall ist«, erklärte 1952 ein Altnazi wie Werner Naumann im Kreise seiner NS-Kameraden.²⁰ Selbst die Aufdeckung des Versuchs, die FDP durch Neonazis zu übernehmen, führte personell zu keinen nennenswerten Konsequenzen. Aus dem Landesverband entlassen wurden einzig vier der notorischsten Nazis aus dem Umfeld von Achenbach und Middlehauve. Die politische Karriere der Hauptdrahtzieher freilich wurde durch den Skandal nicht beschädigt. So konnte Middlehauve bereits 1954, ein Jahr nach Aufdeckung der Affäre, Wirtschaftsminister in NRW und stellvertretender Ministerpräsident des Landes werden. Achenbachs Karriere erlebte ebenfalls keinen Abbruch. Obwohl ein von der FDP-Bundesspitze in Auftrag gegebener Untersuchungsbericht seinen Ausschluss aus der Partei forderte, zu der Achenbach »nach seiner Grundhaltung« niemals gehört habe, verlief das Ausschlussverfahren gegen ihn im Sande. Trotz allem blieb Achenbach, der nach Meinung des SPIEGELS »unentbehrliche Parteidienste bei der Erschließung von Geldquellen in der Schwerindustrie des Ruhrgebietes« verrichtete, einer der einflussreichsten Männer im FDP-Landesvorstand und spielte eine

nicht unerhebliche Rolle beim Sturz der Regierung Arnold (CDU) im Februar 1956. Ein Jahr später, 1957, gelang Achenbach dann der Sprung in den Bundestag. Dort vertrat er seitens der FDP bis 1976 die »vergangenheitspolitischen Interessen der SS« (Norbert Frei). Als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses wirkte Achenbach hinter den Kulissen erfolgreich darauf ein, die Ratifizierung des deutsch-französischen Überleitungsvertrages für Kriegsverbrecher zu verschleppen. Mit diesem Vertrag sollte die juristische Grundlage bereitet werden, NS-Täter, die von französischen Gerichten in Abwesenheit verurteilt worden waren, in der Bundesrepublik zur Rechenschaft ziehen zu können.

Auch die Durchsetzung der nordrhein-westfälischen FDP mit alten Nazis ging weiter: 1954 kam mit Siegfried Zoglmann ein ehemaliger hauptamtlicher NS-Funktionär und »alter Kämpfer«, der bereits im Mai 1928 der NSDAP beigetreten war²¹, für die Liberalen in den Düsseldorfer Landtag. Trotz der vorangegangenen Skandale, so wird deutlich, blieb eine strengere Überprüfung der Mandatsträger durch die Parteien aus. Dass die NS-Vergangenheit von Mitgliedern der Landesregierung wie Willi Weyer und Paul Mikat der Öffentlichkeit bis heute verborgen blieb, erübrigt sich angesichts dessen fast zu erwähnen.

Nicht nur in den Angaben des biografischen Handbuches wurde bewusst die NS-Vergangenheit vieler Abgeordneter ausgeklammert. Auch wurden vielfach in den Entnazifizierungsverfahren in Fragebögen und Anhörungen falsche Angaben gemacht, und – wie ein Abgleich der im Staatsarchiv in Düsseldorf befindlichen Unterlagen ergab – vor den Spruchkammern die Vergangenheit verschleiert. Trotz Strafandrohungen machten »alte Kämpfer« der Partei falsche Angaben zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die NSDAP.²² Fast regelmäßig wurde die Mitgliedschaft in der SS verschwiegen. Falsche Angaben zur Mitgliedschaft in der SS wurden etwa von Fritz Vogt und Hermann Kohlhasse (beide FDP) und Helmut Kaufhold (CDU) gemacht. Da noch nicht alle Unterlagen offen gelegt sind, ist mit einer noch höheren Anzahl an Falschaussagen zu rechnen. Strafrechtliche Konsequenzen wurden daraus in keinem einzigen bisher bekannten Fall gezogen.

Abschließend soll noch auf einen Umstand verwiesen werden: Auch wenn der hier gewählte Fokus sich auf die Nazi-Vergangenheit von Landtagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien richtete, sollte daraus nicht zwangsläufig gefolgert werden, dass SPD-Abgeordnete von vornherein unverdächtig gegenüber einer Mittäterschaft in der Zeit des Dritten Reichs sind. Dies belegt eindringlich der Fall des SPD-Abgeordneten Günter Hellwing, Mitglied des Düsseldorfer Landtages von 1957 bis 1962. Während des Zweiten Weltkrieges war dieser, seit 1938/39 Angehöriger der NSDAP und im Sicherheitsdienst der SS²³, im Rang eines SS Hauptsturmbannführers bei der Kriminalpolizei in Paris mit der brutalen Verfolgung der französischen Résistance beschäftigt. In seinem Entnazifizierungsverfahren wollte Hellwing sich hingegen an nichts mehr erinnern können. Dass er in der SS war: Ihm nicht bekannt. Dass er jahrelang eine SS-Uniform getragen hatte: Fehlanzeige. Selbst als Hellwing Auszüge aus seiner SS-Stammrolle vorgelegt wurden, leugnete er weiterhin hartnäckig.²⁴

Allerdings zu einer strafrechtlichen Verfolgung, ob in Deutschland oder Frankreich, kam es freilich niemals. Vielmehr ist die Nachkriegskarriere Günther Hellwings bezeichnend:

1950 trat er in die SPD ein, im Oktober 1957 rückte er als Abgeordneter in den Landtag nach. Ein Jahr später wurde Hellwing Mitglied im SPD-Bundesvorstand. Wie dieser Fall deutlich macht, ist weiterer Aufklärungsbedarf vonnöten.

Zusammenfassung: Die braunen CDU-FDP-Netzwerke

- ¹ Frank Bösch, Die Adenauer-CDU, Stuttgart 2001, S. 30f.
- ² Hans-Peter Klausch, Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit. Hrsg. v. Fraktion Die Linke im Landtag in Niedersachsen, Hannover 2008, S. 6.
- ³ Ebd.
- ⁴ Für die FDP: Walter Müller als Schulungsredner, Alfred Rieger als Kreisleiter und Siegfried Zoglmann als Parteiredner. Für die CDU Erich Stuckel als Ortsgruppenleiter.
- ⁵ Leopold Freiherr v. Fürstenberg, Helmut Kaufhold und Josef Hermann Dufhues.
- ⁶ Hermann Kohlhase (FDP) siehe Staatsarchiv Düsseldorf, Entnazifizierungsakten.
- ⁷ Gerhard Papke, Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966, Düsseldorf 1998, S. 140.
- ⁸ Ernst Achenbach (stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion v. April 1955-Januar 1958), Reinhard Beine (Vorsitzender der FDP-Fraktion v. Juli 1954-April 1955), Hermann Kohlhase (stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion v. Juli 1954-April 1955 und Vorsitzender der Fraktion v. April 1955-März 1956), Heinz Lange (stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion v. Juli 1966-Oktober 1969 und Vorsitzender der Fraktion v. Oktober 1969-Juli 1970), Eberhard Wilde (stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion v. Juli 1970-Mai 1975) und Willi Weyer (Vorsitzender der FDP-Fraktion v. Juli 1958-Juli 1962).
- ⁹ Kohlhase, Lange und Wilde.
- ¹⁰ Papke, Liberale Ordnungskraft, S. 136.
- ¹¹ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (ehem. Berlin Document Center, im folgendem abgekürzt: BA) Mitgliederkartei der NSDAP, Willi Weyer, geb. 16.2.1917 in Hagen.
- ¹² Siehe hierzu auch Hans Hattenhauer, Die Akademie für Deutsches Recht, Juristische Schulung (JuS) 1986 (Heft 9), S. 680-684.
- ¹³ Ernst Klee, Personenlexikon des Dritten Reiches, Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt a. M. 2003, S.10.
- ¹⁴ DIE ZEIT v. 4.6.1953.
- ¹⁵ Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996, S. 454.
- ¹⁶ BA, Bestand SS-Führer, Josef Hermann Dufhues (Eintrag in der SS-Stammrolle Nr. R 4/6 146 v. 28.2.1934).
- ¹⁷ BA, Mitgliederkartei der NSDAP, Paul Mikat, geb. am 10.12.1924 in Scherfelde, Kreis Warburg.
- ¹⁸ Akten der britischen Militärregierung in Deutschland (Control Commission for Germany/British Element), hrsg. v. Adolf M. Birke (et. al.), Bestand 1014, München 1993, S. 610.
- ¹⁹ Herbert, Best, S. 462. Siehe hierzu auch Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945. Middletown 1967, S. 134ff.
- ²⁰ Zitiert nach Tauber, Eagle and Swastika, S. 140.
- ²¹ BA, Mitgliederkartei der NSDAP, Siegfried Zoglmann, geb. am 17.8.1913 in Neumark/Böhmerwald.
- ²² Dies etwa im Falle von Gerhard Holz (CDU), der seit 1.3.1932 Mitglied der NSDAP war, in seinen Angaben vor der Spruchkammer aber den 1.5.1933 angibt. Zu den Gründern seines Eintritts führt Holz an: »Ich habe mich der Partei angeschlossen, weil ich glaubte, dass dadurch eine Wirtschaftsbesserung erzielt werden würde.« Ein falsches Eintrittsdatum in die NSDAP gibt ebenfalls Alfred Stolle ((FDP) an. Vgl. Staatsarchiv Düsseldorf NW 1022.

- ²³ Mitgliederkartei der NSDAP Günther Hellwing, geb. am 29.3.1914 in Vormholz/Ennepe-Ruhr. Außerdem Bestand SS-Führer (SSO/SS-Führer 083A). Demnach ist Hellwings Eintritt in die NSDAP mit dem Datum des 1.11.1938 und in die SS am 1.11.1939 belegt.
- ²⁴ Entnazifizierungsakte Günter Hellwing, Staatsarchiv Düsseldorf NW 1022.

Bibliografie

- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU, Stuttgart 2001.
- Hattenhauer, Hans: Die Akademie für Deutsches Recht, Juristische Schulung (JuS) 1986 (Heft 9), S. 680-684.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996.
- Klausch, Hans-Peter: Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP. Zur Vergangenheit von niedersächsischen Landtagsabgeordneten in der Nachkriegszeit. Hrsg. v. Fraktion Die Linke im Landtag in Niedersachsen, Hannover 2008.
- Klee, Ernst: Personenlexikon zum Dritten Reich, Wer war was vor und nach 1945?, Hamburg 2003.
- Papke, Gerhard: Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966, Düsseldorf 1998.
- Tauber, Kurt P.: Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945. Middletown 1967. Akten der britischen Militärregierung in Deutschland (Control Commission for Germany/British Element), hrsg. v. Adolf M. Birke et al., München 1993.
- 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten, bearbeitet v. Alois Vogel, hrsg. v. der Präsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2006.

Archivbestände

- Bundesarchiv (ehemals Berlin Document Center): NSDAP-Mitgliederkartei; Bestand Oberstes Parteigericht (OPG) NSDAP-Parteikorrespondenz; Bestand SS-Führer; Sammlung SA; Bestand Reichsschrifttumskammer
- Staatsarchiv Düsseldorf
- Bestand Entnazifizierungsakten

Anhänge

NSDAP-Mitgliedschaften

Name	Partei	Wahlperiode	NSDAP-Mitgliedschaft	Mitgliedschaft zugegeben?
Achenbach, Ernst	FDP, stellv. Fraktionsvorsitz.	2.-3.	NSDAP-Mitglied seit 1.12.1937; Mitglieds-Nr. 1 705 933	Nein
Bachteler, Oskar	FDP	2.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 Mitglieds-Nr. 3 067 396	Nein
Beine, Reinhard, Prof. Dr.	FDP-Fraktionsvorsitzender	2.-3.	SA-Mann seit 28.09.1933 Mitglied Bund ns.-Juristen seit 4.1.1934-1939	Nein
Boeselager, Herrmann, Freiherr von	CDU	1.2.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 Mitglieds-Nr. 2 105 193	Nein
Dufhues, Josef Hermann	CDU	2.,3.,4.,5.7.	SS-Reitersturm seit 1.11.1933 Mitglied 1951 im Ausschuss zur Vorbereitung der Generalanmestie für NS-Kriegsverbrecher	Nein
Falke, Albert	CDU	6.,7.8.	NSDAP-Mitglied seit 1.9.1940 Mitglieds-Nr. 7 721 444	Nein
Faust, Hubertus	CDU	7.,8.,9.	NSDAP-Mitglied seit 20.4.1944 Mitglieds-Nr. 9 791 294	Nein
Fürstenberg, Leopold, Freiherr von	CDU	2.	Mitglied in der SS seit Mai 1933	Nein
Fuchs, Heinrich	CDU	6.,7.	NSDAP-Mitglied seit 1.9.1942 Mitglieds-Nr. 9 182089	Nein
Gerards, Eugen	CDU	4.,5.,6.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 Mitglieds-Nr. 5 312 059	Nein
Grothues, August	CDU	4.,5.	NSDAP-Mitglied (Eintrittsdatum unbekannt) Mitglieds-Nr. 3 566835	Nein
Hellermann, Dr.phil. Josef,	CDU	2.,3.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933-1943 (Ausschluss& Gestapo-Haft) Mitglieds-Nr. 2 473784	Ja
Hellwing, Günter	SPD	3.,4.	SS-Mann seit 1.11.1939 (im Sicherheitsdienst der SS)	Nein
Herzberg, Ernst Günther	FDP (stellv. Fraktionsvorsitz)	4.,5.,6.	NSDAP-Mitglied seit 1.11.1938 Nr. 7 023 387	Nein
Holz, Gerhard	CDU (stellv. Fraktionsvorsitz)	4.	NSDAP-Mitglied seit 1.9.1941 Mitglieds-Nr. 8 575 794	Nein
			NSDAP-Mitglied seit 1.3.1932 (!) Mitglieds-Nr. 963 061	Nein

Name	Partei	Wahlperiode	NSDAP-Mitgliedschaft	Mitgliedschaft zugegeben?
Höver, Albert	CDU	5.	NSDAP-Mitglied seit 1.3.1932 (!) MitgliedsNSDAP-Mitglied seit 1.5.1937; Mitglieds-Nr. 5 110 537 -Nr. 963 061	Nein
Kaufhold, Dr. jur. Helmut,	CDU	2.	NSDAP-Mitglied seit 27.8.1940 (Nr. 8185 162) Mitglied des SS-Reitersturms seit Herbst 1933	Nein
Klose, Alfred	CDU	4.,5.,6.	NSDAP-Mitglied seit 1.1.1940 Mitglieds-Nr.8 241 167	Nein
Kohlhase, Dr. jur. Herrmann	FDP-Fraktionsvorsitzender	3.,4.,5.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 (Nr. 4 563 099) SS-Führer seit 15.8.1937 (Hauptsturmbannführer) Von Juli 1943 bis Mai 1945 Richter am Militärgericht der Waffen-SS im Wehrkreis II. in Berlin	Nein
Kremer, Eduard	fraktionslos Justizminister	1.	Beitritt im Juli 1933 zum Bund ns.-Juristen. Gutachten des Gauführers des Gaus Düsseldorf v. 12.1.1934 gegenüber dem Bund ns.-Juristen: "Kremer bemüht sich ganz offensichtlich, sich das nationalsozialistische Gedankengut zu eigen zu machen und im neuen Staat einfrüch mitzuarbeiten. Ich halte Kremer nach dem mir vorliegenden Bericht für eine derjenigen wertvollen Kräfte des früheren Zentrums, der heute aufrichtig auf dem Boden der Hitlerregierung steht."	Nein
Külbs, Dr. Christian	FDP	4.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 (Nr. unbekannt) Mitglied der SA seit 28.4.1933	Nein
Lange, Dr. Heinz	FDP bis 1970 Fraktionsvorsitz dann CDU	3.,4.,5.,6.,7.	Seit 1929 Führer der Sudetendeutschen Jugend Mitglied der NSDAP seit 1938 (Nr. unbekannt) ab 1936 SS-Oberscharführer>Teilnahme am Russlandfeldzug in der Division "Das Reich", die Massaker in Oradour verübte	Ja
Mader, Franz	FDP	6.,7., dann 8. CDU	NSDAP-Mitglied seit 22.9.1937 (Nr. 54 560) Seit 22.10.1933 SA-Sturmmann	Nein
Mikat, Prof. Dr. Paul	CDU	6.	NSDAP-Mitglied seit 23.4.1943 Mitglieds-Nr. 9 596776	Nein
Möller, Walter	FDP	3.4.5.& 6.	NSDAP-Mitglied seit 1.3.1933 Nr.1 641 300 Kreisleiter in den Niederlanden bekam dafür Kriegsverdienstkreuz	Nein
Nordmann, Gerhard	CDU	5.& 6.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 Nr. 2 161 679 SA-Mann seit 9.10.1933-19.6.1937 (Rottenführer)	Nein

Name	Partei	Wahlperiode	NSDAP-Mitgliedschaft	Mitgliedschaft zugegeben?
Ostmeyer, Fritz	CDU	6.	SS-Sturmmann seit 7.4.1938 SA-Mann seit 1.10.1933-20.10.1936 NSDAP-Mitglied seit 10.10.1937 Nr. 5 834 091	Nein
Panhorst, Fritz	CDU	6.	SA-Mann (Rottenführer) seit 1.9.1933	Nein
Rasche, Willy	FDP	4.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933 Mitglied-Nr. 3 478 282	Nein
Reinhardt, Dr. med. Helmut	CDU	8.	NSDAP-Mitglied seit 1.9.1939 Mitglied-Nr. 7 112 740	Nein
Rieger, Alfred	FDP	4.5.&6.	NSDAP Mitglied seit 1.10.1931 (!); Nr. 642 192 Kreisleiter NSDAP Kreuzburg/Oberschlesien befördert zum Bereichsleiter	Nein
Schmitz, Heinz	CDU	4.,5.&6.	SA-Marine-Sturm, 1941 Marine- Propaganda Kompanie NSDAP Mitglied-Nr. 2 047 450	Nein
Schwade, Hans	CDU	6.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 Nr. 5 613 607	Nein
Schwamkrug, Dr. jur. Ernst Günther	CDU	7.	SS-Mann seit 3.6.1936	Nein
Stolle, Dr. rer. Pol. Alfred	FDP	5.&6.	NSDAP-Mitglied seit 1.2.1940 Mitglied-Nr. 7 448 141	Nein
Stuckel, Dr. Erich	CDU-Fraktions- Vorsitzender	3.&4.	NSDAP-Mitglied seit 13.3.1933 Zellenpropagandawart, Ortsgruppenleiter	Nein
Vogt, Dr. jur. Fritz	FDP	7.&8.	NSD-Studentenbund seit 13.5.1937 SS-Mann seit 12.11.1937	Nein
Weyer, Willy	FDP-Fraktions- Vorsitzender	2.,3.,4.,5.,6. & 7.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1937 Mitglied-Nr. 497 111	Nein
Wilde, Eberhard	FDP-Fraktions- Vorsitzender	7.	SS-Mann seit 31.8.1944 (Untersturmführer) SS-Division "HJ" beteiligt an vielen Kriegsverbrechen in Frankreich	Nein
Willing, Hans-Gerhard	CDU	4.,6.&7.	NSDAP-Mitglied seit 1.1937 Mitglied-Nr.: 5 069 443 Außerdem SA-Mann	Nein
Zoglmann, Siegfried	FDP	3.	NSDAP-Mitglied seit 1.5.1928 (!) Berufspolitiker Waffen-SS seit März 1943 ab 1.10.1944 Unterscharführer	Nein

Dokumentarische Anhänge

Name: **Weyer Willi**
Student

Geb.-Datum: **16.2.17.** Geb.-Ort: **Hagen**

Nr.: **4971711** Aufn.: **1.5.37.**

Wahlweise beantragt am: **18.10.37.**

Wahlweise beantragt am: _____

Studien: _____

Beruf: _____

Wahlberechtigt: _____

Wahlgeschloß: _____

Wahlgehoben: _____

Wahlberechtigt wegen: _____

Zurückgenommen: _____

Weggang zur Wehrmacht: _____

Zugang von Wehrmacht: _____

Gestorben: _____

Bemerkungen: _____

Wohnung: **Hagen, Heidenstr. 2**

Ortsgr. **Hagen** Gau **Westf**

Monatsmitgl. Gau: _____

Z. Nr./ _____

Wohnung: _____

Ortsgr.: _____ Gau: _____

Monatsmitgl. Gau: _____

Z. Nr./ _____

Wohnung: _____

Ortsgr.: _____ Gau: _____

Monatsmitgl. Gau: _____

Z. Nr./ _____

Wohnung: _____

Ortsgr.: _____ Gau: _____

Monatsmitgl. Gau: _____

Z. Nr./ _____

Wohnung: _____

Ortsgr.: _____ Gau: _____

Mitglieds.Nr. **966831** Vor- und Zuname **Weyer Willy**

Geboren **8.9.90** Ort **Gloppan**

Beruf **Lehrer, verheiratet, verw.**

Eingetreten **1 3 82**

Ausgetreten **Febr. 33 Baden**

Wiedereingetr. _____

Wohnung **Freiburg**

Ortsgr. **Freiburg** Gau **Baden**

Wohnung _____

Ortsgr. _____ Gau _____

Wohnung _____

Ortsgr. _____ Gau _____

Dokumentation des Diskurses zu dieser Publikation

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
14. Wahlperiode

Drucksache **14/10012**

27.10.2009

Antrag

des fraktionlosen Abg. Sagel

Einrichtung einer historischen Kommission - Zur Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit der Landtagsabgeordneten nach der NRW-Landesgründung

Zur aktuellen Diskussion über die Vergangenheitsbewältigung der politischen Parteien hat im Auftrag des Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos) der Historiker Dr. Michael Carlo Klepsch eine historisch wissenschaftliche Studie, "Das vergessene braune Erbe", vorgelegt. Aus dieser Arbeit geht hervor, dass über 40 ehemalige Abgeordnete des Landtages Nordrhein-Westfalen früher NSDAP-Mitglieder waren oder in anderer Funktion in der NS-Diktatur tätig waren. Eine weitere und sicherlich noch intensivere historische Aufarbeitung ist nicht nur sinnvoll sondern notwendig. Diese Aufarbeitung sollte durch eine historische Kommission auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen und die Ergebnisse sollten in geeigneter Form öffentlich gemacht werden. Abschließend sollte das Plenum des Landtages darüber beschließen und die Präsidentin des Landtages mit der Umsetzung der Beschlüsse beauftragen.

Der Landtag möge daher beschließen:

1. Der Landtag bildet eine historische Kommission.
2. Die Kommission wird beauftragt, parteiübergreifend die NS-Vergangenheit aller ehemaligen Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages zu überprüfen, die bei Kriegsende 1945 mindestens 18 Jahre alt waren.
3. Die Kommission hat den Auftrag in geeigneter Weise, die Nazi-Vergangenheit aufzuarbeiten und zu dokumentieren.
4. In diesem Zusammenhang ist das biografische Lexikon des Landtages zu überarbeiten.
5. Die von der Kommission erarbeiteten Vorschläge sollen vom Plenum beschlossen und der Präsidentin des Landtages übermittelt werden, welche die sich daraus ergebenden Umsetzungen veranlasst.

Rüdiger Sagel, MdL

<http://www.cdu-nrw.de/presse/pressemitteilungen/50-pressemitteilungen-von-hendrik-wuest/1085-linkspartei-will-von-eigener-geschichte-und-extremistischen-zielen-ablenken.html>

Dienstag, 27. Oktober 2009

Linkspartei will von eigener Geschichte und extremistischen Zielen ablenken



Der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst zu der heutigen Pressekonferenz der NRW-Linkspartei:

Es ist nur schwer zu ertragen, dass die Extremisten der Linkspartei demokratische Parteien und ihre Geschichte verunglimpfen. Dabei schrecken die Linksdemagogen auch vor dreisten Unwahrheiten nicht zurück. Der ehemalige NRW-Kultusminister Paul Mikat war nie Mitglied der NSDAP. Hier verläßt sich die demagogische Vorgehensweise der NRW-Linken.

Leute, die ein Recht auf Rausch fordern, Drogenkunde als Schulfach einführen, den Verfassungsschutz und die Justiz abschaffen sowie den Religionsunterricht beseitigen wollen, sind denkbar ungeeignete Aufklärer.

Die Linkspartei hat als Nachfolgepartei der SED nach wie vor ihre eigene DDR-Vergangenheit nicht aufgearbeitet. Da sollte Herr Sagel ansetzen. Er und seine Linkspartei wollen offensichtlich von der eigenen Vergangenheit und ihren heutigen extremistischen Zielen ablenken. Es ist notwendig, dass die Linke weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet wird und dass Landtagskandidaten der Linken auf eine mögliche Mitarbeit bei der Stasi überprüft werden.

Frankfurter Rundschau

Frankfurter Rundschau vom 05.11.2009, Seite 12 / Politik

Rote Socken, alte Nazis

Von Annika Joeres

Düsseldorf. Die braune Vergangenheit des Düsseldorfer Parlaments soll unter die Lupe genommen werden. Der fraktionslose Abgeordnete der Linken, Rüdiger Sagel, hat am Mittwoch im Landtag eine Kommission zur Historie der Abgeordneten nach 1945 eingefordert. "Bislang wurden Nazi-Biografien folgeschweigen", so Sagel zur Frankfurter Rundschau. In dem offiziellen Handbuch des Landtages werde die tragwichtige Geschichte einiger Parlamentarier einfach unterschlagen.

Das plötzliche Geschichtsbewusstsein der Linken ist allerdings eine wohlflehte Retourkutsche. Sechs Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fahren die Christdemokraten unter Generalsekretär Hendrik Wüst bernahe tägliche Attacken gegen die "Demagogen und Geschichtsverdreher", die nach den neuesten Prognosen wohl in den Landtag einziehen werden. Nun dreht die Linke den Spieß um. "Die etablierten Parteien sollten lieber ihre eigene Historie aufarbeiten, als ständig über unsere zu schwadronieren", kontert Sagel.

FDP stark belastet

Der Historiker Michael Klepsch hat für Sagel schon einmal vorgearbeitet. Er überprüfte im Auftrag des Ex-Grünen Sagel 482 ehemalige Abgeordnete von CDU, FDP und Zentrum. Dazu wertete er die Mitgliedskartei der NSDAP sowie Entnazifizierungsakten aus. Besonders hoch war danach der Anteil ehemaliger NSDAP-Abgeordneter in der FDP-Fraktion. Von den 75 FDP-Abgeordneten seien 16 NS-belastet gewesen, darunter sechs Fraktionschefs und ein früherer Minister. Unter 376 CDU-Abgeordneten waren der Auswertung zufolge 25 ehemalige Mitglieder von NS-Organisationen. Neben zwei Fraktionschefs sei auch ein früherer CDU-Minister NSDAP-Mitglied gewesen.

Unions-Mann Wüst reagierte umgehend. Er warf der Linken vor, sie wolle mit "dreisten Unwahrheiten" demokratische Parteien und ihre Geschichte verunglimpfen. So wolle die Linke von ihrer Geschichte und ihren extremistischen Zielen ablenken.

Dass die Kommission nach solchem Schlagabtausch tabächlich ins Leben gerufen wird, scheint unwahrscheinlich. Die Geschichte der Düsseldorfer Abgeordneten wird also voraussichtlich ein weißer Fleck in den Geschichtsbänden bleiben - zumindest bis zur Wahl im Mai 2010.

Annika Joeres

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 05.11.2009, Seite 12

Landtag
Nordrhein-Westfalen 04.11.2009
Plenarprotokoll 14/134

Edgar Moron (SPD):

Das ist dann aber eine Biografie über alle Abgeordneten, die in diesem Landtag seit 1946 ihre Arbeit verrichtet haben. Die Angaben, die wir bis jetzt haben, sind in der Tat rudimentär. Das kann man vervollständigen. Das ist sicherlich eine umfangreiche Arbeit, die auch nicht ganz billig sein und eine Menge Zeit in Anspruch nehmen wird. Aber wenn wir der Meinung sind, dass man das tun sollte, sollten wir einen entsprechenden Auftrag erteilen. Für eine zusätzliche Kommission, die all das unter einem bestimmten Gesichtspunkt untersuchen soll, gibt es jedoch, glaube ich, keine Notwendigkeit.

(Beifall von SPD, CDU und FDP)

Präsidentin Regina von Dinther: Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antragsteller, Abgeordneter Sagel, hat direkte Abstammung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 14/10012. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Herr Sagel, Wer ist dagegen? - CDU, SPD und FDP, Wer enthält sich? - Die Fraktion der Grünen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

ND 5.11.2009

Erst braun, dann gelb oder schwarz

Viele ehemalige Nazis wechselten nach 1945 nahtlos in den NRW-Landtag, belegt eine Studie

Von Marcus Meier

64 Jahre nach Kriegsende untersucht eine Studie erstmals die Nazi-Vergangenheit von ehemaligen Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages. Sie wurde nicht von der Landtagspräsidentin in Auftrag gegeben.

Wie steht es um die Nazi-Vergangenheit derjenigen Politiker, die nach Kriegsende dem nordrhein-westfälischen Landtag angehörten? Wie viele von ihnen waren Mitglieder der NSDAP und ihr nahe stehender Organisationen? Diese Fragen sind nun, 64 Jahre nach der Niederwerfung des Nazi-Regimes, zum ersten Mal systematisch untersucht worden. Den Auftrag für die Studie »Nahtloser Übergang in neue Führungspositionen – Alte Nazis in den nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen von CDU und FDP« gab indes nicht Landtagspräsidentin Regina von Dönhof, sondern Rüdiger Sagel, der einzige LINKEN-Abgeordnete im Landesparlament.

Die Zusammensetzung der bundesdeutschen Länderparlamente in der Nachkriegszeit sei niemals näher beleuchtet worden, schreibt Sagel im Vorwort der Studie. »Nahezu alle bis heute dazu vorliegenden Informationen beruhen ausschließlich auf den persönlichen Angaben der Abgeordneten, die in den biografischen Handbüchern der Landtage veröffentlicht sind.« Wenig überraschend: Die Abgeordneten neigten dazu, sich selbst einen Persilschein auszustellen. Doch die Untersuchung zum »braunen Erbe« des NRW-Landtages kommt zu weniger weißgewaschenen Ergebnissen: 41 NRW-Parlamentarier seien nachweislich Mitglieder der NSDAP, der SA oder der SS gewesen. Von den neun



41 Alt-Nazis gehörten nach Kriegsende dem NRW-Landtag an. (Foto: Landtag)

ermittelten SS-Angehörigen dienten drei in der Waffen-SS, fünf saßen später für die CDU, vier für die FDP im Landtag von NRW. Von Jugendrassern könne dabei meist keine Rede sein, führt die Studie aus: Durchschnittlich 24 Jahre alt waren die späteren Politiker, als sie der Nazi-Bewegung beitraten.

Die Studie erstellt hat der promovierte Historiker Michael Carlo Klepsch. Der Düsseldorfer ist Autor eines Buches über Picasso Zeit um von den Nazis besetzten Paris,

18 Jahre alt waren. Insgesamt grüßten 482 NRW-Politiker in sein Blickfeld. Seine Studie stützt Klepsch vor allem auf die NSDAP-Mitgliedskartei und Akten des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelds. In einem historischen Rückblick bezeichnet Klepsch die NRW-FDP als »Sammelbecken von Altnazis«. Er untersucht zudem den »Übergang von Braun zu Schwarz« in der NRW-CDU.

Eine besondere Würdigung erfährt der FDP-Landesvorsitzende der Jahre 1947 bis 1956, Friedrich Mittelhaue. Der hatte »eine Reihe ehemals prominenter Nationalsozialisten um sich versammelt«, zitiert Klepsch aus einem 1952 erschienenen Artikel der durchaus nicht linken Tageszeitung »Die Welt«. Unter diesen NS-Prominenten waren der Rundfunkjournalist Hans Fritzsche und Werner Naumann, zuvor Staatssekretär im Goebbels Propagandaministerium. Klepsch führt aus: »Naumann, der als einer der letzten Getreuen Hitlers im Berliner Bunker der Reichskanzlei ausgeharrt hatte und aufgrund dessen in Hitlers Testament zum Nachfolger von Joseph Goebbels als Reichpropagandaminister benannt wurde, machte keinen Hehl daraus, dass er und seine Kameraden sich weiterhin als überzeugte Nationalsozialisten verstanden.«

Für Mittelhaue war das offenbar kein Grund, die Alt-Nazis nicht in das politische Leben zurückzubolen. Erst die britische Besatzungsmacht vereitelte diese Pläne. Bald darauf wurde Mittelhaue Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident im Rathaus seiner Heimatstadt Leverkusen erinnert eine Bronzestatue an den »bedeutenden Mitbürger«.



das die liberal-bürgerliche »Neue Zürcher Zeitung« als »sorgfältig recherchiert« lobte. Für »Nahtlose Übergänge« untersuchte Klepsch die Biografien aller CDU-, FDP- und Zentrums-Abgeordneten, die im Mai 1945 mindestens

Bild Düsseldorf 28.11.2009

Seite 5
NRWwichtig

LINKE WOLLEN »BRAUNES ERBE« AUFARBEITEN

Düsseldorfer Landtag - Der Düsseldorfer Landtag soll die Nazi-Vergangenheit früherer Abgeordneter aufklären. Das fordert Rüdiger Sagel von der Linkspartei. Er stellte eine Untersuchung eines Historikers vor, nach der mindestens 41 Abgeordnete der NSDAP, der SA oder der SS angehört haben. Sagel kritisierte, der Landtag habe sein »braunes Erbe« bisher nicht aufgearbeitet.



Gremlins Kolumne Westerwelle vorwärts

»Herr Klötner, wo bleibt das Positive? Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt. Erich Kästner

Der Außenminister der neuen Bundesregierung heißt Guido Westerwelle. Das ist, weiß der Teufel, das Positive. Westerwelle ist schwul und macht, anders als sein Vorgänger Heinrich von Brentano, der erste Außenminister der BRD, kein Geheimnis daraus. Das könnte, wenn er auf Fundamentalisten aller Art trifft, Funken der Aufklärung schlagen. Ratzinger zwar wird einen Besuch der Minister gewordenen Perversion wohl zu verhindern wissen. Ahmadinehads Außenminister aber und viele seiner Kollegen aus den 24 islamischen Staaten, in denen Homosexualität unter Strafe steht, werden um Begegnungen mit dem Neuen nicht herumkommen. Ob sie

dem Mann, der nach ihren Gesetzen eingesperrt oder aufgehängt gehört, die Hand geben werden? Was werden die geistlichen Führer und die religiös verbündeten Massen sagen, wenn sie es tun? Und wenn nicht, wird die Regierung eines einigermaßen zivilisierten Staates noch mit ihnen reden?

Zum zweiten ist Westerwelle als Vorsitzender der FDP eine Art Gerichtsvollzieher des deutschen Kapitals, das zwar alle Parteien, die ins Parlament wollen dürfen sollen, fördernd und fordernd seinen Interessen akkommodiert, keine aber so umstandslos aushält und kommandiert wie die FDP. Darum wird der neue Außenminister jeder Blähung deutschen Volkswillens, die der Exportwirtschaft auf den Märkten der Welt Bauchgrinsen verursachen könnte, die Luft ablassen. Exemplarisch unarisch hat er deshalb als erste Amtshandlung den Ostbahndelaplatz Warschau besucht und den einheimischen Marktteilnehmern versprochen, die Berufung von Erika Steinbach, der Präsidentin der NS-Nachfolgeorganisation BdV (Bund der Vertriebenen), in den Rat der Stiftung für die vertriebenen Deutschen zu verhindern.

Dies das Positive, Herr Klötner. Es ist jedoch, wie Ihr Kollege Victor von Scheffel wußte, im Leben häßlich eingerichtet, daß bei den Rosen gleich die Dornen stehn (Hegel nannte die SS-Angelegenheit begrifflich im Bundestag hatte sie eine Fraktionsgemeinschaft mit der Deutschen Partei (DP) gebildet, in der so aufrechte Deutsche saßen wie der Abgeordnete Wolfgang Hedler, der schließlich dennoch sein Amt verlor, weil er in einem Wirtshaus ein bißchen zu deutlich geworden war: »Man kann offenkundig geteilter Ansicht darüber sein, ob die Gaskammern das geeignete Mittel waren, um sich der Juden zu entledigen. Vielleicht hatte es noch andere Möglichkeiten gegeben, um diesen Zweck zu erreichen.«

Nach einer Umfrage der amerikanischen Besatzungsmacht waren 1952 achtzig Prozent der FDP-Wähler der Meinung, ehemalige Nazis müßten in Politik und Wirtschaft die gleichen Möglichkeiten haben wie Nichtnazis. Konsequenterweise richtete Ernst Achenbach, Kampagnenleiter und Mitglied des Bundestages, in seiner Essener Anwaltskanzlei ein Büro für die Generalamnestie aller NS-Verbrecher ein, in dem er den in Dänemark zum Tode verurteilten SS-Obergruppenführer Werner Best und den SS-Brigadeführer Franz Alfred Six als Gutachter beschäftigte. Dennoch ließ die FDP unter ihrem Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher den Abgeordneten Achenbach bis 1976 als Berichterstatter des Auswärtigen Bundestagsausschusses die Verfolgung von NS-Tätern sabotieren. Freund Six, um über Wikipedia vom Hunderten ins Tausendjährige und seine Ausläufer zu kommen, wurde durch Vermittlung von Best und Achenbach Mitinhaber des C. W. Leske-Verlages in Darmstadt, wo er das Buch eines späteren FDP-Mitglieds und Bundestagsabgeordneten publiziert: Rudolf Augstein's Deutschland – ein Rheinland? Die Kooperation zwischen »Spiegel« und Leske-Verlag in

minister (Ewald Bucher, NSDAP, Goldenes Abzeichen der HJ), als Bundesfinanzminister (Rolf Dahlgren, NSDAP), als Bundestagsabgeordnete (Otto Köhler, NSDAP, Martin Reichmann, NSDAP seit 1932, Siegfried Zogmann, NSDAP, Gebietsführer Böhmen und Mähren der HJ, Hermann Schwann, NSDAP seit 1933, Theodor Oberländer, NSDAP, Teilnehmer am Hitler-Ludendorff-Putsch 1923), als Vizepräsident des Hessischen Landtags (Erich Mix, SS-Standartenführer), als Parteivorsitzender und Bundesaußenminister (Walter Scheel, NSDAP, und Hans-Dietrich Genscher, NSDAP), als Bundespräsident (Walter Scheel, NSDAP), als Vorsitzender der FDP Niedersachsen (Artur Stegner, NSDAP seit 1931), als Kultusminister in Hamburg (Reinhard Philipp, NSDAP), als stellvertretender Bundesvorsitzender und Präsident des deutschen Sportbunds (Willi Weyer, NSDAP seit 1937). Vor ein paar Wochen hat der Historiker Michael Klepsch ermittelt, daß die FDP-Fraktion des Landtags in Düsseldorf zwischen 1955 und 1975 von sechs ehemaligen Nazis, darunter drei SS-Männern, geführt wurde.

Die Politik der Partei war danach, 1951 bereits hatte die FDP die Freilassung aller »so genannter Kriegsverbrecher« verlangt und die Gründung eines »Verbands deutscher Soldaten« aus ehemaligen Wehrmännern und SS-Angehörigen begründet. Im Bundestag hatte sie eine Fraktionsgemeinschaft mit der Deutschen Partei (DP) gebildet, in der so aufrechte Deutsche saßen wie der Abgeordnete Wolfgang Hedler, der schließlich dennoch sein Amt verlor, weil er in einem Wirtshaus ein bißchen zu deutlich geworden war: »Man kann offenkundig geteilter Ansicht darüber sein, ob die Gaskammern das geeignete Mittel waren, um sich der Juden zu entledigen. Vielleicht hatte es noch andere Möglichkeiten gegeben, um diesen Zweck zu erreichen.«

Nach einer Umfrage der amerikanischen Besatzungsmacht waren 1952 achtzig Prozent der FDP-Wähler der Meinung, ehemalige Nazis müßten in Politik und Wirtschaft die gleichen Möglichkeiten haben wie Nichtnazis. Konsequenterweise richtete Ernst Achenbach, Kampagnenleiter und Mitglied des Bundestages, in seiner Essener Anwaltskanzlei ein Büro für die Generalamnestie aller NS-Verbrecher ein, in dem er den in Dänemark zum Tode verurteilten SS-Obergruppenführer Werner Best und den SS-Brigadeführer Franz Alfred Six als Gutachter beschäftigte. Dennoch ließ die FDP unter ihrem Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher den Abgeordneten Achenbach bis 1976 als Berichterstatter des Auswärtigen Bundestagsausschusses die Verfolgung von NS-Tätern sabotieren. Freund Six, um über Wikipedia vom Hunderten ins Tausendjährige und seine Ausläufer zu kommen, wurde durch Vermittlung von Best und Achenbach Mitinhaber des C. W. Leske-Verlages in Darmstadt, wo er das Buch eines späteren FDP-Mitglieds und Bundestagsabgeordneten publiziert: Rudolf Augstein's Deutschland – ein Rheinland? Die Kooperation zwischen »Spiegel« und Leske-Verlag in

12/09

der Ära Six wurde mit einigen weiteren Büchern fortgesetzt, darunter auch einem von Augsteins Ressortleiter Horst Mahnke (SS-Hauptsturmführer in Himmlers Reichssicherheitshauptamt) und Georg Wolff (SS-Hauptsturmführer).

Alles alle Kamellen? Wäre in dem Staat, dessen Politiker, Professoren und Journalisten seit zwanzig Jahren nichts so ausdauernd bedenken wie die deutsche Vergangenheit und ihre »zwei Diktaturen«, jemals über die Vergangenheit der ihn tragenden Parteien geredet worden, im Falle der FDP einer Vergangenheit, die mit dem derzeitigen Ehrenvorsitzenden, dem ehemaligen Nazi Walter Scheel, mitten in ihre Gegenwart hineinragt, dürften sie als längst gelutscht gelten. Der Gründe, warum darüber nicht geredet werden darf, leben noch zu viele.

Die Verwirrung zu komplettieren behwert sich die Landesgruppe der CSU im „undestag, daß Guido Westerwelle versuche, »sich auf Kosten der Vertriebenen zu profilieren«. Was kann es Vertriebene, die angeblich keine Ansprüche an Polen erheben, kosten, wenn statt Erika Steinbach, die noch 1990 gegen die Vorlage der Kommunistenfreunde Kohl und Genscher gestimmt hat, die Grenzen Polens anzuerkennen, einer ihrer Kameraden im Stiftungsrat sitzt? Viele Polen scheinen es zu wissen, aber nur wenige ahnen, daß die Deutschen Polen diesmal auf andere Weise in Besitz nehmen als beim letzten Versuch mit Wehrmacht, SS und den von ihnen befreiten Schlesiern. Wie die meisten Europäer überschätzen sie den Unterschied zwischen denen, die etwas gelernt zu haben behaupten aus dem letzten Fehlgangriff, und denen, die auf solche Lehren pfeifen: zwischen den Westerwelles und den Steinbachs.

Nur manchmal noch dringt aus den Tiefen der Geschichte durch die Kruste aus Vergessen die Verdrängung ein Déjà-vu. Dies Gefühl liegt Václav Klaus, den liberalen Präsidenten Tschechiens, zögern, die Eigenständigkeit seines Staates durch die Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon aufzugeben, zu dem ihn dieselben demokratischen Staaten Europas drängten wie in München 1938, zugunsten derselben Vormacht Europas wie einst. Auch Klaus fürchtet nicht, es werde noch einmal eine Wehrmacht und eine SS in Knobelbechern und Breches die Grenze durchbrechen, um die Fabriken und Banken des Landes deutschen Besitzern zu übereignen. Die Tschechiens Präsident fürchtet, sind längst im Land - Skoda, die größte und älteste Autofabrik, gehört ihnen seit Jahren. Es ist die Armee der gegelten Betriebswirte in ihren Audis und BMWs, mit Businessanzügen von Boss und Blondinen von der Stange, alert-börnert, rücksichtslos und dauergrinsend, die seit der Wahl den Erfolg der FDP als den Sieg des BWLers über die weniger gerissenen, skrupulösen oder sonstwie behinderten Landsleute feiern.

Wo jetzt das Positive geblieben ist? Weigt der Teufel. ●

„Ob man eine liberale Partei am Ende in eine NS-Kampfgruppe umwandeln [...] kann, möchte ich bezweifeln, wir müssen es aber auf einem Verroch ankommen lassen. [...] Gabe es keine FDP, hätte sie noch heute gegründet werden.“ Werner Naumann

Werner Naumann, Goebbelsreferent und später FDP-Politiker in einer Rundfunkansprache 23.03.1945: "Kapitulieren, niemals! Entscheidend ist, dass der letzte Truppenteil, der auf dem Schlachtfeld ist, ein nationalsozialistisches Bataillon ist und nicht eins von den jüdischen Gangstern geführtes. Vertrauen Sie auf den Führer, einen besseren Patrioten, einen größeren Sozialisten, einen fanatischeren Kämpfer ohne Gedanken an Kapitulation gibt es nicht."

<http://de.wikipedia.org/wiki/Naumann-Kreis>
Der **Naumann-Kreis** war eine Gruppe ehemaliger **Nationalsozialisten** um **Werner Naumann**, den letzten **Staatssekretär** des Reichspropagandaministers **Joseph Goebbels**. Sie versuchte 1952/53, die **FDP** bundesweit zu unterwandern, mit dem Schwerpunkt im Landesverband Nordrhein-Westfalen.
Mitglieder:
Gunter d'Alquen, **Werner Best**, **Karl Friedrich Bornemann**, **Wolfgang Diewerge**, **Friedrich Karl Florian**, **Hans Fritzsche**, **Josef Grohé** **Hans-Bernhard von Grünberg**, **Heinrich Haselmayer**, **Paul Hausser**, **Horst Huisgen**, **Heinrich Hunke**, **Karl Kaufmann**, **Herbert Lucht**, **Wilhelm Meinberg**, **Karl Scharping**, **Gustav Adolf Scheel**, **Heinz Siepen**, **Franz Alfred Six**, **Eberhard Taubert**, **Albert Urmes**, **Paul Wegener**, **Paul Zimmermann**, **Siegfried Zoglmann**, **Edmund Veessenmayer**.

Informationen zum Autor

Dr. phil. Michael Carlo Klepsch (* 1964) studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft in Düsseldorf, Bochum und Paris. 1999 promovierte er bei Wolfgang J. Mommsen (Düsseldorf) mit einer Arbeit über »Romain Rolland im Ersten Weltkrieg. Ein Intellektueller auf verlorenem Posten« (Stuttgart 2000). Weitere Veröffentlichungen: Picasso und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 2007

Vi.S.d.P.

Rüdiger Sagel
Fraktion DIE LINKE im Landtag von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Telefon 0211 / 884-2278
ruediger.sagel@landtag.nrw.de

Gestaltung / Druck

neue-linke-medien.de | Andreas J. Laug / Mediendepot Ruhr, Duisburg

